
27.11: Rede zur Kundgebung: Verantwortung für Brandenburg und die Zukunft

Wir stehen heute hier, um eine klare Botschaft an die künftige Regierung Brandenburgs zu senden:

Zum Ende der Koalitionsverhandlungen in Brandenburg mahnen wir eindringlich dazu, die schwerwiegende Verantwortung für dieses Land, die Bürgerinnen und Bürger und die junge Generation anzunehmen und entsprechend ihrer Relevanz zu behandeln. Der Schutz vor der Klimaveränderung und die ehrliche Anstrengung dazu, jeden weiteren Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um jedes Zehntelgrad zu verhindern, ist die größte Aufgabe jeder Regierung dieser Zeit. Das gilt international, national und auch lokal!

Die Ergebnisse der COP in Baku enttäuschen. Ein einheitlicher und entschlossener Beschluss zur Abkehr von fossilen Energien bleibt aus. Die Wahl Trumps in den USA gibt wenig Hoffnung auf internationale Bemühungen im Klimaschutz, zugleich stellen sich in etlichen Bundesstaaten politische Führungsebenen und die Wirtschaft darauf ein, jetzt erst recht gegen zu halten und den eingeschlagenen Weg zu Klimaneutralität konsequent zu verfolgen - weil es Zivilschutz bedeutet, weil es längst läuft und weil es auch wirtschaftlich Sinn macht.

Genau das muss auch unser Anspruch hier in Brandenburg sein. Brandenburg, als Bundesland, das noch fossile Energieträger abbaut, hat die Chance, mutig voranzuschreiten. Es kann zeigen, wie Innovation und Vernunft nicht nur massive Emissionseinsparungen ermöglichen, sondern auch die gesamte Region wirtschaftlich und sozial stärken. Es reicht nicht aus, beschwichtigend auf bereits Erreichtes zu verweisen und den Klimaplan in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, um dem Druck der Verbände entgegen zu kommen. Die Arbeit der neuen Regierung wird daran gemessen werden, was sie umsetzt und wie sie es umsetzt. Ob Lippenbekenntnissen konkrete Taten folgen.

Die SPD muss sich fragen lassen, wie glaubwürdig ihre Politik ist, wenn sie die wichtigsten sozialen Fragen ignoriert: Es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne Klimagerechtigkeit. Schon heute leiden die finanziell Schwächsten am meisten – nicht wegen der Kosten des Klimaschutzes, sondern wegen der Folgen der Klimakrise: Schlecht gedämmte Wohnungen, Leben an dicht befahrenen Straßen, steigende Grundnahrungsmittelpreise und immer teurer werdender ÖPNV. Ein gerechter Klimaschutz ist auch sozialer Schutz – das muss die neue Landesregierung erkennen und umsetzen.

Dem BSW muss klar sein, Frieden ist ohne Ressourcensicherheit nicht möglich. Je stärker die Klimakrise eskaliert, desto mehr Konflikte um Wasser, Nahrung und Lebensräume werden folgen. Der Einsatz für den Klimaschutz ist daher auch ein Einsatz für den Frieden.

Brandenburg hat ein unschätzbares Gut: die weltweit anerkannten Klimawissenschaften in Potsdam. Dieses Wissen muss gehört und in politisches Handeln übersetzt werden. Wer es ignoriert, handelt gegen die Vernunft und letztlich gegen unsere Verfassung. Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass unzureichender Klimaschutz die Freiheitsrechte kommender Generationen verletzt und damit gegen das Grundgesetz verstößt.

Rede

**Zur Erinnerung haben wir hier den Beschluss des Bundesverfassungsgesetzes mitgebracht.
[Bannerentrollung]**

Die neue Landesregierung darf Brandenburg nicht im Stich lassen. Wer jetzt zögert, riskiert die Zukunft unseres Landes. Jedes Versäumnis ist ein fauler Kompromiss, den wir uns nicht leisten können und der vor der nächsten Generation nicht zu rechtfertigen ist.

Brandenburg kann mehr – und Brandenburg muss mehr. Kämpfen wir gemeinsam für eine gerechte, ökologische und zukunftsfähige Politik, die das Wohl aller Menschen in den Mittelpunkt stellt!

Vielen Dank.

Magdalena Eder für das Klimabündnis Brandenburg